

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Luther noch ohne Auftrag.

Vorläufig erst „Sondierungen“.

Eine Beauftragung Dr. Luthers mit der Kabinettsbildung ist noch nicht erfolgt. Dr. Luther sondiert zunächst, auf welcher Grundlage für ihn die Bildung eines Kabinetts möglich sein könnte, ehe er den Auftrag übernimmt. Die Übernahme des Auftrages dürfte, wenn es dazu kommt, frühestens heute abend erfolgen.

Der Skandal, den die patent-nationalen Parteien gestern im Preussischen Landtag ausgeführt haben, wird ihnen schon heute selbst unbehaglich. Die Tatsache, daß bei einer nationalen Kundgebung von weittragender Bedeutung die Deutschnationalen und die Volkspartei hinausliefen, ist so charakteristisch für die gegenwärtige parteipolitische Lage, daß sie nur noch dadurch unterstrichen werden konnte, daß wenigstens einige volksparteiliche Mitglieder des Landtags sich schämten, mitzumachen! Selbst die „Zeit“, das volksparteiliche Blatt, bringt nur ein verlegenes Stammeln vor, um die volksparteiliche Gemeinschaft mit den Angehörigen der Junkerpartei zu beistimmen. Die „Germania“ nennt das Davonlaufen im Augenblick eines Protestes gegen ein der Nation angetanes Unrecht treffend „eine unerhörte nationale Würdelosigkeit“ und verweist darauf, daß außer Herrn v. Richter und Vanger-Oberhausen auch die sämtlichen Abgeordneten des besetzten Gebietes, soweit sie den Rechtsparteien angehören, den Saal verließen, „in dem Augenblick, wo es sich um eine der Schicksalsstunden der Wähler ihrer engeren Heimat handelte“!

Die „Germania“ fragt aber nicht ohne Grund: War der Zweck dieses Zuspruchs, Zermürbungstatistik am Zentrum zu treiben und dem Verrger über dessen feste Haltung die Zügel schleichen zu lassen. Sollte dies das Ziel der spontanen Gefühlsregung gewesen sein, so sind wir für solche Zermürbung überaus dankbar. Irgendwelchen Erfolg aber kann sie aus dem einfachen Grunde nicht haben, weil die Stellungnahme des preussischen Zentrums nach wie vor nicht von Gefühlen, sondern von verstandesgemäßen und staatspolitischen Erwägungen getragen ist.

Die Zermürbungstatistik am Zentrum wird von der Rechten gegenwärtig mit einer Kraftaufwendung betrieben, die erstaunlich ist. Nachdem Marx mit seinen unsagbar langmütigen Verhören, eine Reichsregierung auf mittlerer Linie fertigzubringen, an dem Widerstand nicht zuletzt des der Volkspartei nahestehenden bisherigen Finanzminister Luther gescheitert ist, bemüht sich jetzt der letztere, ein Reichskabinetts unter der Firma eines Beamtenministeriums auf die Beine zu stellen. Auch Herr Luther aber braucht eine parlamentarische Mehrheit, die ihm das Arbeiten ermöglicht. Eine solche Mehrheit ist ohne das Zentrum aber gar nicht möglich. Denn Volkspartei und Deutschnationalen bringen nur rund 160 Stimmen auf, und selbst wenn sie alle bürgerlichen Splitterparteien hinzurechnen, werden es ohne Zentrum nur allerhöchstens 216!

Das wissen die Volksparteier und die Halb-und-Halben auch sehr genau. Deshalb lassen sie durch den „Lokal-Anzeiger“ schon zur Besonnenheit mahnen. Das Blatt „hört aus Kreisen der Deutschen Volkspartei“, daß man dort die Hoffnung hegt, einer Kabinettsbildung durch Dr. Luther würden von den Deutschnationalen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet werden:

Die Aufgabe Dr. Luthers würde um so schwieriger sein, als gerade die Verhandlungen der letzten Tage eine tiefe Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien haben entstehen lassen. Aus diesem Grunde wird bei der Deutschen Volkspartei auch bedauert, daß die Deutschnationalen gerade gestern nachmittags in so scharfer Weise gegen den Reichspräsidenten Ebert Stellung genommen haben, was sich sowohl in der Interpellation wegen des Magdeburger Prozesses als auch in der Nichtteilnahme des Vizepräsidenten Graef an dem Besuche des Reichstagspräsidenten beim Reichspräsidenten ausdrückte. Ebenso muß aber bemerkt werden, daß man in führenden Kreisen der volksparteilichen Reichstagsfraktion auch mit dem Verhalten der volksparteilichen Landtagsfraktion, die bekanntlich bei der Rede des Ministerpräsidenten Braun das Landtagssplenum vertiefte, keineswegs einverstanden ist.

Es wird also auf dem Umwege über den deutschnationalen „Lokal-Anzeiger“ schon um gut Wetter gebeten. Man möchte durch Verteilung der Rollen möglichst die Aufmerksamkeit von dem „Tag der tiefen Schmach“ ablenken, der im Landtag geboren wurde und durch ein „Bedauern“ über die deutschnationalen Rügeleien gegen den Reichspräsidenten um mildernde Umstände bitten!

Aber so einfach liegen die Dinge doch nicht, daß man sie mit „Bedauern“ aus der Welt schaffen könnte. Die Deutschnationalen lassen durch das selbe Hugenberg-Blatt bereits erkennen, daß sie ein Kabinetts Luther nur als ein „Berlegensministerium“ ansehen würden und daß sie im übrigen darauf bestehen, vier Ministerliche in einem Bürgerblockministerium zu erhalten.

Damit die Sache aber auch ganz richtig verstanden wird, erläutert die „Nationalpost“ das dahin, daß Deutschnationalen und die Volkspartei

„nach wie vor einer Meinung darüber sind, daß ein gedeihliches Zusammenwirken mit dem Zentrum in der Reichsregierung nur dann

gewährleistet ist, wenn die Gleichartigkeit der Regierung im Reich und in Preußen hergestellt wird. Es ist notwendig, diese Forderung mit allem Ernst immer wieder zu erheben, da der ganze Sinn des letzten Wahlkampfes dahin ging, endlich einmal dafür zu sorgen, daß im Reich und in Preußen an einem Strang gezogen wird.“

Im übrigen wird die Stellung der Deutschnationalen zu einem etwaigen Kabinetts Luther davon abhängen, welche Persönlichkeiten in ihm die führenden Stellen einnehmen.

Um ein „gedeihliches Zusammenarbeiten“ der Bürgerblätter mit dem Zentrum einzuleiten, wird nun in der ganzen Rechtspresse ein wahres Kesseltreiben gegen Zentrumspolitik veranlaßt. Alle Infamien, die man sonst straflos Sozialdemokraten nachredet, werden jetzt auch dem Zentrum angehängt. Aus dunklen Quellen aller Art werden Altentwürfe und Enthüllungen zutage gefördert, die das Zentrum als die korrupteste Gesellschaft der Welt erscheinen lassen sollen. Aber mit dieser selben Zentrumsfraktion lehnt man sich, eine Bürgerblockregierung im Reich und in Preußen zu bilden. Schon äußere Reinlichkeitsgründe müßten das Zentrum veranlassen, mit diesen Kostübelträgern jede Gemeinschaft abzulehnen, wenn nicht schon verstandesmäßige und staatspolitische Erwägungen es dazu zwingen würden.

Man ten... die Weise, mittels der Erzberger und Rathenau so lange geheißt wurden, bis sie den Augen der Nordbuben erlagen. Man erkennt dieselbe Tonart wieder, wenn man jetzt die deutschnationalen Presse zu lesen gezwungen ist. Keine Verleumdung ist bössartig genug, um nicht gegen Zentrumsabgeordnete gerichtet zu werden. Ist das „Zermürbungstatistik“?

Die Sozialdemokratie steht mit steigendem Vertrauen, wie die bürgerlichen Parteien die deutsche Willensklärung der Wähler in ihr Gegenteil umzufächeln bemüht sind. Sie hat sich bisher von diesem Treiben ferngehalten und jede Regierung nur nach ihrem Programm und nach ihren Taten beurteilt. Aber sie kann als stärkste Trägerin des republikanischen Gedankens auf die Dauer nicht dulden, daß die Republik zum Spielball von Intrigen und Treibereien gemacht wird, die alles andere als nationalen Ursprungs sind. Infolgedessen wird sie ein mögliches Kabinetts Luther von vornherein sehr kritisch betrachten, weil es seinem Ursprung nach nur ein verkapptes Rechtskabinetts sein könnte. Die Weimarer Koalition hat durch die Wähler ein unbestreitbares Vertrauensvotum erhalten. Die republikanischen Parteien sollten daraus die einzige mögliche Folgerung ziehen. Man stelle endlich den Reichstag vor die Frage, ob er die Politik, deren Ausdruck die Koalition von Weimar war, weiterhin führen oder ob er das Gegenteil will. Aber man mache Schluss mit den Kulissenhiebereien, die nicht nur dem deutschen Volke ein Greuel geworden sind!

Kundgebung in der Reichskanzlei.

Gegen Weiterbefehung und Krisenmache.

In der Reichskanzlei erschienen heute mittag Deputationen aus dem Rheinland, um dem geschäftsführenden Reichskabinetts die Wünsche und Gebanen der durch die Verlängerung der Befehung besonders betroffenen Bevölkerung mitzuteilen. Oberbürgermeister Adenauer dankte als Sprecher der Deputation dem Kanzler Marx für sein treues Eintreten für die Rheinlande und wandte sich gegen die dauernde Krisenmache, die dem Ansehen des Reiches schade.

Einer der Anwesenden soll dabei das Wort „Stresemann“ ausgesprochen haben, und daß die Wäde sich unwillkürlich auf diesen Minister des Auswärtigen richteten, erscheint nicht verwunderlich...

Verbotener Protest.

Die Besatzungsbehörde untersagt Kundgebungen gegen die Räumung.

Köln, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die politischen Parteien in Köln halten für den morgigen Sonntag getrennte Professorenversammlungen gegen die Verzögerung der Räumung einberufen. Diese Professorenversammlungen sind von der Besatzungsbehörde verboten worden.

Das Verhalten der Patentpatrioten im Preussischen Landtag haben der Besatzungsbehörde in Köln wahrscheinlich die Augen darüber geöffnet, was alles sie dem preussischen und deutschen Volke bieten darf!

Trendelenburg wieder in Paris.

Ueberreichung der deutschen Antwort.

Paris, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstehende der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Trendelenburg, ist am Sonnabend vormittag nach Paris zurückgekehrt. Er hat bereits telephonisch den Handelsminister Rathenau gebeten, ihn nachmittags um 3 Uhr zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit wird er die deutsche Antwort auf den französischen Vorschlag eines Modus vivendi mitteilen.

Reichsbahn und Arbeiter.

Ausnahmerecht gegen die Reichsbahner?

Der Abschluß des Londoner Abkommens hat eine neue Epoche deutscher Politik eröffnet, in der die Kämpfe um die Durchführung des Abkommens auf Grund der zu diesen Zwecken beschlossenen Gesetze und anderer Maßnahmen, die noch zu ergreifen sein werden, noch lange Zeit im Vordergrund stehen werden. Das Londoner Abkommen in seiner Gesamtheit braucht keineswegs eine „Verklawung“ des deutschen Volkes durch Machsansprüche außerdeutscher Länder und Gewinnabsichten ausländischen Kapitals zur Folge zu haben, aber die Durchführung des Abkommens und die Anwendung jener Gesetze kann sehr wohl mit Hilfe einer Verklawung der arbeitenden Massen Deutschlands — um bei dieser in gewissen Kreisen sehr beliebten Wendung zu bleiben — durch Machsansprüche und Gewinnabsichten deutschen Kapitals betrieben werden. Die für einen solchen Werdegang prädestinierten Kreise werden bemüht sein, sich aus Inflationsgewinnern zu Dawes-Gewinnern zu entwickeln, wie sich einst die Kriegsgewinner in Revolutionsgewinner gemandelt haben. Es wird die Aufgabe des Reichstages, in erster Linie die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, solche Folgen des Londoner Abkommens zu verhindern.

Eine gewisse Art von Dawes-Gewinnern gibt es schon. Sie haben es verstanden, sich diese glückliche Position bereits durch den Wortlaut der Dawes-Gesetze, an dessen Formulierung sie beteiligt waren, zu sichern, und so sind sie in der Lage, die Vorteile dieser Position „von Rechts wegen“ zu genießen.

Unter den Gesetzen zur Durchführung des Londoner Abkommens steht das Reichsbahngesetz an erster Stelle. § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes bestimmt, daß die Gesellschaft für sich und ihre Bediensteten die Sonderstellung in Anspruch nehmen kann, die für die Verwaltungen des Reichs und deren Bediensteten auf dem Gebiete des Versicherungs-, Wirtschafts-, Arbeits-, Fürsorge- und Wohnungsrechts jeweils besteht. In solchen Fällen, heißt es weiter, übt das Bundesratsmitglied der für die Aufsicht über die Eisenbahn zuständige Minister aus; im übrigen werden die Zuständigkeiten der obersten Reichsbehörde vom Generaldirektor wahrgenommen. Einige Beispiele aus der Praxis mögen die grausame Wirkung dieser und einer weiteren Bestimmung des Reichsbahngesetzes erläutern.

Der Artikel 16 der rühmlichst bekannten Personalabbauverordnung bestimmt, daß die Vorschriften des § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes keine Anwendung finden, „wenn Arbeiter und Angestellte entlassen werden, die ihre Dienstbezüge aus öffentlichen Mitteln erhalten“. Darin erblickt nun die Reichsbahngesellschaft eine „Sonderstellung“ der Reichsverwaltungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, die sie nach § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes auch für sich in Anspruch nehmen kann. Sie läßt undachtet, daß diese Bestimmung der Personalabbauverordnung geschaffen wurde, um öffentliche Mittel zu ersparen, nicht aber um die Mittel der privaten Reichsbahngesellschaft, an die zur Zeit der Schaffung der Personalabbauverordnung noch niemand dachte, zu schonen und die Arbeiter bei dieser Gesellschaft, die in keiner Hinsicht besser gestellt sind als die Arbeiter der Industrie, um den in § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes gegebenen Schutz gegen Entlassung zu betriegen.

Ein anderes Beispiel entnehmen wir dem Wirkungsbereich des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Nach diesem Gesetz bedarf es zur Entlassung schwerbeschädigter Arbeitnehmer der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle. Gegen den Bescheid der Hauptfürsorgestelle ist, wenn es sich um die Entlassung eines Arbeiters der Industrie handelt, die Beschwerde beim Hauptfürsorgeausschuß im Reichsarbeitsministerium zulässig. Betrifft nun die Entscheidung der Hauptfürsorgestelle die Kündigung eines Schwerbeschädigten, der bei einer Behörde beschäftigt ist, so kann die Behörde und der Schwerbeschädigte bei der zuständigen obersten Reichsbehörde Beschwerde erheben. Am Reichsbahnbetrieb entschied also — nach der Auffassung der juristischen Beistände der ehemaligen Reichsbahnverwaltung — vor der Schaffung der Gesellschaft der Reichsverkehrsminister über diese Beschwerden, obwohl es immer zweifelhaft war, ob diese Bestimmung des Schwerbeschädigtengesetzes überhaupt auf die Reichsbahn Anwendung finden konnte. Nun aber behaupten die gleichen Herren, die auch heute noch die juristischen Beistände der Reichsbahngesellschaft führen, § 16 Absatz 4 des Reichsbahngesetzes bedeute, daß nun der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft über die Beschwerden zu entscheiden habe. Der Direktor der privaten Gesellschaft, der nur noch Arbeitgeber ist, nimmt also das Recht in Anspruch, über Beschwerden, die sich letzten Endes gegen ihn selbst richten, endgültig entscheiden zu können. Die Wirkung dieser Anwendung des § 16 Absatz 4 ist in beiden Fällen die Aufhebung des durch das Betriebsrätegesetz und das Schwerbeschädigtengesetz gegebenen Entlassungsschutzes für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft.

Ein drittes Beispiel betrifft die Arbeitszeit. Nach § 22 Ziffer 2 des Reichsbahngesetzes kann die Gesellschaft die jeweils für Reichsbahnbeamte geltenden Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die Angestellten und Arbeiter übertragen. Das heißt, daß sich die Arbeitszeit der Arbeiter der Reichsbahn stets nach der Arbeitszeit der Reichsbahnbeamten richten hat, wenn es der „Gesellschaft“ so ge-

fällt. Da die geltende Gesetzgebung über die Arbeitszeit in Deutschland sich nicht auf die Arbeitszeit der Beamten bezieht, bedeutet das, daß sie auch nicht für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft gilt. Da die Absicht, die zukünftige Arbeitszeitgesetzgebung auf die Beamten auszudehnen, bisher nicht bestand, hoffen die Herren, die diesen Kniff aus der zurzeit geltenden provisorischen Arbeitszeitverordnung in das Reichsbahngesetz hinübergerettet haben, daß auch die zukünftige Arbeitszeitgesetzgebung nicht für die Arbeiter der Reichsbahngesellschaft gelten wird, da ja die Gesellschaft nach § 22 des Reichsbahngesetzes bis in alle Ewigkeit die Möglichkeit hat, die jeweils für die Beamten geltende Arbeitszeit auf die Arbeiter der Reichsbahn zu übertragen.

Diese Bestimmungen des Reichsbahngesetzes und ihre Anwendung sind aber keineswegs Zeichen einer Verklammerung deutscher Arbeiter durch ausländisches Kapital oder internationaler Machtansprüche, denn diese „Feinheiten“ des Gesetzes sind nicht auf die Mitarbeit der Ausländer an den Dawes-Gesetzen zurückzuführen. Ihnen sind die Einzelheiten des deutschen Arbeitsrechts viel zu wenig bekannt, als daß sie auf raffinierte Vorrichtungen zum Zwecke der Entziehung einer großen Zahl deutscher Arbeiter hätten verfallen können. Deutschen Geheimräten war es vorbehalten, diese „Rechtsmittel“ zu erdenken, um sich innerhalb ihres eigenen Machtbereichs der Bindungen des deutschen Arbeitsrechts zu entziehen und deutsche Arbeiter schutzlos der Willkür der Reichsbahngesellschaft zu überliefern. Und wenn nun wirklich die Ausbeutung der Eisenbahnen und ihres Personals im Namen und zum Nutzen ausländischen Kapitals geschieht, wie die Gegner des Londoner Abkommens behaupten, dann waren es deutsche Geheimräte, die diesem ausländischen Kapital die rechtlichen Mittel zur Verschörfung dieser Ausbeutung an die Hand gaben. Deutsche Geheimräte, die ihrer politischen Gesinnung nach diese Gegner des Londoner Abkommens nicht allzu fern stehen, haben damit zugleich die Zwangslage, unter der das Londoner Abkommen geschlossen wurde, benutzt, um ihre eigene Macht über deutsche Arbeiter zu befestigen. Denn diese deutschen Geheimräte führen jetzt die Geschäfte der Reichsbahngesellschaft.

Das aber kann nicht die Absicht der Parteien gewesen sein, die den Dawes-Gesetzen zugestimmt haben, denn solche Dinge haben nichts gemein mit den politischen Zwecken des Londoner Abkommens, und sie sind zu seiner Durchführung nicht erforderlich. Bleibt es bei diesem Zustande, so ist der Anfang mit dem Abbau des modernen deutschen Arbeitsrechts an entscheidender Stelle gemacht, denn dann werden auch die industriellen Unternehmer bald die gleichen Erleichterungen fordern.

Der Reichstag hat die Pflicht, hier einzugreifen. Er kann das Reichsbahngesetz nicht ändern, aber er kann aus allen anderen deutschen Gesetzen jene Bestimmungen entfernen, auf die sich die Reichsbahngesellschaft bei der Anwendung des § 16 des Reichsbahngesetzes berufen könnte. Das Reich hat als Arbeitgeber an diesen „Sonderbestimmungen“ nach dem Ausscheiden der Reichsbahn aus der Zahl der Reichsbetriebe kein Interesse mehr, denn die Zahl der Arbeiter, die das Reich in den anderen Verwaltungen noch beschäftigt, ist so gering, daß es nicht lohnt, das Reich des geringen materiellen Ruhens wegen, den solche Dinge vielleicht bringen, mit dem moralischen Makel zu behaften, es verleihe seine eigene Gesetzgebung und stelle seine eigenen Arbeiter unter Ausnahmestellung. Diese „Sonderbestimmungen“ kommen heute nur noch der Reichsbahngesellschaft zugute, und daher hat der Reichstag die Pflicht, diesen Zustand zu ändern. Und der Reichstag kann bei der Beratung eines neuen Arbeitszeitgesetzes, das den Achtstunden Tag zurückbringen muß, auch den § 22 des Reichsbahngesetzes unschädlich machen, indem er beschließt, daß dieses Gesetz auch auf die sogenannten Reichsbahnbeamten und damit auch auf die Arbeiter der Reichsbahn Anwendung finden muß.

Die Arbeiter der Reichsbahn haben unter diesem Zustande bisher stillschweigend gelitten, weil sie sich der Einsicht, daß die Annahme der Gesetze zur Durchführung des Londoner Abkommens eine politische Notwendigkeit war, nicht verschließen konnten. Duldet jedoch das Reich, duldet der Reichstag diesen Zustand dauernd, dann werden die Arbeiter der Reichsbahn als Bürger des Reichs den Vorwurf erheben, daß Reich und Reichstag sie an die Reichsbahngesellschaft verschachert haben.

Vorstandssitzung des Zentrums.

Am Montag: Heute vormittag findet eine Vorstandssitzung des Zentrums statt. Für nachmittags 3 Uhr ist eine Fraktionsitzung einberufen worden.

Das Ende der Verleumdungen.

Widerlegung der Angriffe auf den Reichspräsidenten.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Gegenüber Redaktionen einiger Blätter, die einen Zusammenhang der Brüder Barmat mit dem Reichspräsidenten zu konstruieren versuchen, wird amtlich festgestellt, daß der Reichspräsident niemals die Ausstellung eines Bismars für einen der Barmats oder einen ihrer Angehörigen veranlaßt oder ihnen Empfehlungsschreiben ausgesandt hat. Ebenso wenig ist ein solches Bismar oder eine solche Empfehlung durch das Bureau des Reichspräsidenten erfolgt.

Die Prüfung der Akten des Bureaus des Reichspräsidenten und der des Auswärtigen Amtes hat lediglich ergeben, daß im Frühjahr 1919 der damals im Bureau des Reichspräsidenten auf Privatdienstvertrage beschäftigte Landtagsabgeordnete Franz Krüger ohne Wissen und Willen des Reichspräsidenten eigenmächtig und mißbräuchlich, beim deutschen Generalkonsulat in Amsterdam für Angehörige der Familie Barmat ein Passivum beantragt und ebenso eigenmächtig für diese eine Grenzempfehlung ausgestellt hat.

Der Reichspräsident hat, als er kurz darauf Kenntnis erhielt, sofort diese Eigenmächtigkeiten ausweislich der Akten seines Bureaus schriftlich auf das schärfste gerügt und Vorkehrung getroffen, die die Wiederholung derartiger oder ähnlicher Schritte verhinderten.

Mit dieser amtlichen Erklärung ist dem schmachtvollen Verleumdungssturz der Reichspresse gegen den Reichspräsidenten ein Ende gesetzt. Schon längst war es klar, daß die gegen ihn geführten Angriffe in der Reichspresse im Zusammenhang mit der Barmat-Angelegenheit nicht im guten Glauben geführt wurden, um der Aufklärung zu dienen, sondern in der Absicht, die Person des Reichspräsidenten zu diskreditieren und seine politische Lauterkeit in Frage zu ziehen. Diese unwürdige Methode, die nicht nur von politischer Disziplinlosigkeit, sondern auch von niedriger Gesinnung zeugt, wird wahrscheinlich trotzdem nicht eingestellt werden. Sie wird sich eine andere Zielscheibe suchen, nachdem ihre Verlogenheit in diesem Falle gebrandmarkt worden ist.

Das Andauern der Regierungskrise ist der Reichspresse nur willkommen, um weiter an der Zerfetzung der öffentlichen Moral und der Staatsautorität zu arbeiten. Was die Ständepresse bewegt, wird heute aus der „Deutschen Tageszeitung“ klar. Sie ist überschrieben: „Staatsbürgerblock oder Barmat-Block“. Der Versuch, die Parteien der Linken und der Mittel als „Barmat-Block“ zu bezeichnen, ist eine Infamie ohne gleichen. Er steht auf einer Stufe mit jener politischen Methode der Kommunisten, die die Sozialdemokratie systematisch als die „Sozialdemokratie“ bezeichnen.

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wie steht es mit der Verknüpfung von Politik und Geschäft in der Inflationszeit? Wieweil haben die Reichsbank, die Steuerbehörden, öffentliche Kredit- und Sparanstalten verloren an die Inflationskonzerne, deren Führer als Politiker an der Sabotierung

der deutschen Währung arbeiteten? Wie steht es mit den ungeheuren Skandalen, die an die Ruhrkampfinanzierung anknüpfen?

Fand nicht in diesen traurigsten Jahren in der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei die engste Verknüpfung von Politik und Geschäft statt zum Nachteil des Reiches und des Volkes?

Die Schuldigen am Niedergang Deutschlands in der Inflationszeit haben kein Recht zu moralischer Entrüstung. Sie heucheln und verleumdern nur, um ihre eigene große Schuld zu verdecken.

Zus eigene Fleisch geschnitten.

Die Angriffe der Hugenberg-Presse auf führende Politiker wie Dr. Wirth und Dr. Haas sind völlig zusammengebrochen. Die „Germania“ veröffentlicht eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Die Reichspresse unter Führung der „Nachtausgabe“ des „Tag“ unternimmt einen scharfen Vorstoß gegen die bekannte deutsch-russische Holzindustrie-Aktiengesellschaft Rologo, die, wie seit langem bekannt, im Laufe der letzten zwei Jahre in der Nähe von Petersburg ein großes deutsches Unternehmen mit Eisenbahnbau aufgerichtet hat. Dieses Unternehmen wird gestützt und geführt von bekannten deutschen Großindustriellen Unternehmen, wie Deutsch-Burgberg Bergwerks-Aktiengesellschaft, Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Gebrüder Himmelsbach und andere...“

Die Angriffe gehen völlig fehl. Neben den genannten Herren, wobei Herr Lehrenbach überhaupt niemals in der russischen Unternehmung beteiligt gewesen ist, sitzen die prominentesten Vertreter der deutschen Industrie — wir nennen heute nur den ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten, Generaldirektor Vogler, den Generaldirektor Jehrmann vom Stinnes-Konzern, den Direktor Burgers von der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und andere, wie Herr Direktor Wenz. Diese Vorwürfe gegen prominente Politiker richten sich, soweit überhaupt solche Angriffe gerechtfertigt wären, also auch gegen alle sonst an dem großen deutschen Unternehmen beteiligten Herren.

Wie wir nun aber erfahren und was wir besonders heute schon hervorheben wollen, sind alle Beziehungen, die die Holzindustrie Rologo mit dem Osten unterhalten habe, nicht nur dem auswärtigen Amt und seinem bisherigen Minister Dr. Stresemann bekannt, sondern wir erfahren, daß Herr Dr. Stresemann Herr Dr. Wirth auf das lebhafteste unterstützte in seinen Bemühungen, diese gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern. Dasselbe hören wir von dem Herrn Staatssekretär Ralgha und Herrn Ministerialdirektor Dr. Ritter, die nicht nur in alle Einzelheiten eingeweiht sind, sondern die die Notwendigkeit, im Osten wieder Aufbau zu beginnen, seit Beginn des Unternehmens durch das auswärtige Amt, wie durch die Deutsche Postgesellschaft in Russland die Tätigkeit der Herren auf das lebhafteste unterstützt haben. Auch die übrigen Stellen der Reichsregierung sind nicht nur unterrichtet, sondern haben sich mit dieser Angelegenheit, die übrigens weiter zurückliegt, schon längst beschäftigt. Aus den Kreisen der Rologo-Holzindustrie erfahren wir ferner, daß die Rologo selbst niemals in einem direkten Kreditverhältnis mit der Reichspost gestanden hat und daß die von der Reichspresse angebotenen Kreditbeziehungen überhaupt nicht bestehen. Die Reichspresse hat aber diesmal nicht nur die offene Tür, sondern auch einmal den Schüssel eingerannt.

Die „Germania“ scheidet grundsätzlich zwischen dem Bestreben, das auf Bereinigung unseres öffentlichen Lebens hinausläuft, und der demagogischen Art, mit der die Rechte die Dinge behandelt. Sie versichert im Hinblick auf die gerichtliche und die schwebende Parteiuersuchung innerhalb des Zentrums:

„Ein endgültiges Urteil kann erst abgegeben werden, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist. Bis dahin sollten alle, denen es wirklich um Aufklärung zu tun ist, Zurückhaltung üben. Aber die Ueberzeugung können unsere Parteifreunde haben: das Zentrum wird im Interesse der Sauber-

Romeo und Julia.

Von Henni Lehmann.

In der Wärmestube der Stadt haben sie sich wiedergesehen. Vierzig Jahre sind vergangen gewesen, seit sie einander zum letzten Male sahen. Das ist damals gewesen, als sie zusammen an der großen Hofbühne den Romeo und die Julia spielten. Er war engagiert an der großen Bühne, sie gastierte. Ihr Spiel löste einen Beifallssturm aus. Die Zeitungen schrieben, man habe wohl nie eine so poetische Verfertigung des unsterblichen Liebespaars gesehen wie diese beiden. — Vielleicht hatten sie auch im Leben ein wenig Romeo und Julia gespielt. Vielleicht, — wer weiß es noch? Vierzig Jahre sind verstrichen seitdem.

Ja, nun sitzen sie einander gegenüber in der Wärmestube der Stadt, in die sie beide ihr frierendes Alter flüchten. Sie sind arm und alt. Die Vergangenheit liegt weit. Doch in der Wärmestube sprechen sie miteinander von alten Tagen.

Ein Tischchen stand neben dem Fenster, ein kleines, rundes Tischchen. Da saß man warm. Eine kleine elektrische Lampe hing gerade über dem Tischchen und gab gutes Licht. So konnten auch alle Augen die kleinen Punkte auf den alten, feinen Dominosteinchen erkennen, welche die alte Frau an jedem Nachmittage mit sich brachte. Sie lagen in einem schwarzen Kästchen, das mit Perlmutter eingelegt war, ebenso wie die Punkte auf ihnen, und waren der letzte Rest, der sich aus Logen des Glanzes erhalten hatte, wenn man nicht die alten Photographien und Lorbeerkränze dazu rechnen will, die in dem dürftigen Zimmer der alten Schauspielerin die Wände bedeckten. In der Mitte hing ihr Bild als Julia. Der Kranz darunter trug eine Schleiße mit einer Aufschrift:

„Der unvergesslichen Julia!“

Man hatte sie doch vergessen. Hier saß sie und war arm und alt. Stundenlang saßen die beiden Alten an dem runden Tischchen beim Ofen in der Wärmestube und spielten Domino. Wenn die Wärmestube geschlossen ward, dann gingen sie nach verschiedenen Richtungen heim in ihre dunklen, kalten Stuben.

An einem Tage sah der alte Schauspieler allein an dem runden Tischchen. Die Gefährtin kam nicht. Als sie auch am nächsten Tage fehlte, ging er früher fort als gewöhnlich und wanderte mühsam — denn das Gehen ward ihm schwer — zu dem verfallenen Häuschen an der Stadtmauer, in dem die alte Frau wohnte. Sie war nicht dort. Sie war erkrankt und in das Krankenhaus geschafft worden. In jedem Tage, an dem er zur Wärmestube ging, machte er nun den Umweg zum Krankenhaus und fragte, wie es der Kranken ginge. An jedem Tage ging es ein wenig schlechter. Einmal führte man ihn herein zu ihr. Sie hatte ihn sprechen wollen.

Ihr Gesicht lag mager, bloß und gelb in den Kissen. Nur ein wenig hob sie die matte Hand, daß er sie fassen konnte. Dann flüsterte sie mit erschöpfter Stimme, er möge die Schlüssel ihres

Zimmers aus dem Nachschlüssel nehmen, zur Wohnung gehen und das alte Domino holen. Am nächsten Tage sollte er wieder kommen und es mitbringen. Da wollten sie noch einmal zusammen spielen.

Aber am nächsten Tage ist sie gestorben. Als man es an der Tür des Krankenhauses dem Alten sagte, ist er weitergegangen in die Wärmestube. Er hat sich an den runden Tisch gesetzt, hat das schwarze mit Perlmutter eingelegte Kästchen vor sich hingestellt, mit ein wenig zitternden Händen den Deckel zurückgeschoben, hat die Steine herausgenommen und nebeneinander hingelegt.

Dröhnend in eine Reihe hat er sie gelegt, alle achtundzwanzig, mit der Nullzahl angefangen, mit der Sechs-Sechs aufgehört. Auf die Einseits aber sind ihm zwei runde, blaue Tränen getropft, gerade so rund und blank wie die eingeleigten Perlmutterpunkchen in dem schwarzen Holz.

Die Zeitungen haben geschrieben vom Tode der alten Schauspielerin und ihrer „unvergesslichen Julia“. Der alte Schauspieler sitzt nach wie vor in der Wärmestube an dem runden Tischchen neben dem Ofen. Das Dominospiel bringt er immer mit sich in der Tasche seines zerfetzten Mantels, aber er zieht es nicht mehr heraus. Er hat niemand, mit dem er spielen könnte. Er sitzt immer allein.

Wer weiß, vielleicht wird auch er nicht mehr lange dort sitzen. Vielleicht wird auch er bald sterben. Dann werden die Zeitungen auch von ihm schreiben und von seinem „unvergesslichen Romeo“.

Rosa Valetti als Frau Warren („Iribüne“). Der Vorpriester, von dem Frau Warren, als sie noch selber tätig in ihrem Halbweidamengewerbe war, ein Tochterlein empfing, trägt einen viel zu langen Bartterrot. Man hat ihm eine Wange angehängt, ganz ohne Grund. Diese Verlängerung ist charakteristisch für den Stil der neuen Aufführung des Schamlosen Sittenstückes. Man betont viel zu stark. Man will um jeden Preis Erfolg und Anlaufspitzen herauszerren, allerdings auf Kosten einer Ironie, die ganz anderes beschuldigt als den massiven Moralbonner. Durchschnitlich hält sich der Regisseur davor, eine Hauptrolle mit Absicht falsch zu besetzen. Für diese Aufführung von „Frau Warrens Gemerbe“ war die Fehlbildung Absicht. Frau Rosa Valetti sollte brillieren. Sie ist aber zu sehr besser, wenn es sich um Derbheiten handelt, und viel zu sehr aufgelöste Sentimentalität, wenn das Gefühl tiefzer gehen soll. Benachteiligt Frau Warren wirklich so, wie die Derbheit und tarntouristische Lust der Frau Valetti es wünschen, so würde sie höchstens eine kleine, leidende Bordellwirtin, aber nicht die Großhospitalkassierin der Unzucht geworden sein. In dieser Ueberzeichnung wurde viel gefündigt, nur nicht von Albert Steinrück, dem hundsgeschichtigen Kompagnon der Frau Warren, und von Fräulein Charlotte Schulz, die wirklich ihre Mittel sehr gut diszipliniert. Fräulein Schulz kann vieles werden, wenn sie nicht zu früh blasirt wird.

Die neue Rolle der Gähner. Das Trionon-Theater lebt von Circa Gähner und diese von ihrer Spezialität: der Verärgerung der hübschen, frivolsten, pikanten Halb- und Ganzmestlegonen. Es wird allmählich schwer, neue Rollen für sie zu finden,

und so griff man auf Siegfried Geyers „Bier Bäder aus der guten Gesellschaft“ zurück, in denen „Mara“, ein leckeres Fräulein von Berlin WW, ihre erotischen Talente als frühreifes Mädchen, als abenteuerlicher Badisch, als kernhafte Zwanzigjährige und zum Schluß als verheiratete Baronin entwickelt. Man kann sich vorstellen, wie Circa Gähner hier in ihrem Element war: mit ihrer freien Grazie, ihrer duffen Keckheit und... Unbesonnenheit. Von einer neuen Seite zeigte sie sich als das junge Mädchen im Jopis, in dem sie Reinheit und frühes Wissen wirksam mischte. Georg Klegander lieferte ein interessantes Beispiel eines Bühnenhelden, der auf den Brettern alles entfalmt und im Alltagsleben selbst den listernen Badisch ernüchert. Circa Kaiser-Tsch einen Woler, der überlegen-ironisch die Nachstellung der Potiphar abwehrt.

Müdenausrottung durch Müden. Dr. Legendre hat der französischen Akademie der Wissenschaften über eine von ihm gemachte Bährnehmung berichtet, die den Menschen vor der unangenehmen Heimsuchung durch die Stöckmücken schützen soll. Der Gelehrte hat in den verschiedenen Teilen der Bretagne das Vorkommen einer Art der gewöhnlichen Stöckmücke beobachtet, die nicht die Eigenschaft besitzt, in die Häuser einzudringen und die Bewohner mit Stichen zu belästigen. Dabei erschien ihm bemerkenswert, daß in den Gebieten, wo diese Müdenart vorkam, die gewöhnliche Stöckmücke nicht festzustellen war. So kam Legendre auf den Gedanken, die harmlose Müdenart in einer Gegend zu verbreiten, die unter Stöckmücken besonders stark zu leiden hatte. Der Versuch wurde im Departement Cherente gemacht, und die Vermutungen, die der Gelehrte an seinen Versuch geknüpft hatte, wurden durch einen überraschenden Erfolg bestätigt. In kurzer Zeit verschwand die Stöckmücke, die den Menschen das Leben recht sauer gemacht hatten, vollständig von der Bildfläche.

Gesellschaftungen der Woche. Dienst. Silber-Theater: Der Eibenbüchsen Jäger. Mittw. Romanisches-Theater: Der alte Herr. Freil. Theater: Die Kommandanten. Die Frau ohne Ruß. — Kammerstücke: Der Kampfschirm. Sonntag. Deutsches Künstler-Theater: Riquette.

Urania-Vorlesung. Täglich zu wechselnden Stellen: Papa. Dienst. 8. 30. Reich der Komit. Donn. Freil. Sonntag. 9. Graf Speer letzte Fahrt. — Im Götterall bekennt die neuen Anle über Ökonomie, Kunst und. — Mittw. Donn. Freil. 7. Die Jahre Welt.

Der „Tresorer Kasperle“ hat am Sonntag nachmittags 3 Uhr in der Urania Vorstellung. Das alte Puppenspiel von Doktor Roubens Götterfest in einer Fassung von 1640. Anknüpfend eine Steuertabelle.

Ein Theaterklub in Solberg. In dem Herzoglichen Solberg führt die Uebersetzung des von dem Belmeyer Schriftsteller Franz Kallig gebildeten Freiheitstheaters „Die Ganda und die Kogelner“ an einem Theaterabend. Die Vorstellung mußte nach dem zweiten Akt abgebrochen werden und konnte erst drei Tage später unter dem Schutze der Polizei zu Ende geführt werden. Der Standeserfolg anlässlich dessen, weil verschiedene Besucher sich in ihrem nationalen Empfinden betrieft fühlten.

Der gelehrte Boger. Sie aus Rom gemeldet, hat der Boger zum erstenmal einem Pöbel eine Audienz gewährt, indem er den Reichstagspräsidenten Johann Dandee empfing. Der Boger unterließ sich mit ihm sehr angelegentlich und erzählte, daß er selbst als junger Mann ein leidenschaftlicher Anhänger des Kogelpöbels gewesen sei. Zum Schluß erhielt Dandee den päpstlichen Segen.

Gewerkschaftsbewegung

„Verräter an der Revolution“

Es ist so die Art der KPD-Zentrale und ihrer „Roten Fahne“, die Dinge stark zu übertreiben. „Das hat die Welt noch nicht gesehen“ — wie die kommunistische Unschuld verfolgt wird. Doch wir müssen diesen einseitigen Satz in einer Polemik der KPD gegen „Weyer und Konjunktur“ schon wörtlich zitieren:

„Das Kapital mit allen seinen Kettenhunden veranstaltet ein Kesseltreiben gegen die kommunistische Partei, wie es die Welt bisher noch nie gesehen hat.“

Nun, wir möchten das Kesseltreiben sehen, das die KPD veranstaltet, wenn sie so putzen könnte, wie sie wollte. Die Weyer-Union hat ein Flugblatt herausgegeben, das an die Mitglieder der kommunistischen Partei gerichtet ist. Den Unterzeichnern dieses Flugblattes, soweit sie Mitglieder der KPD sind, wird von den Weyer-Leuten versichert, daß die KPD nicht den Mut habe, all die Mitglieder auszuschließen, die sich mit der Weyer-Union solidarisch erklären und den freien Gewerkschaften nicht beitreten. Im begreiflichen Verger über die Feststellung dieser Tatsache klagt nun das Bolschewistenblatt, daß die Weyer-Kommunisten der KPD-Zentrale die gleiche Schlinge legten, wie sie die KPD-Zentrale den Gewerkschaften gelegt hatte:

Schon die Einleitung (des Weyer-Flugblattes) zeigt die hinterhältigen Methoden, mit denen die Weyer-Leute Verwirrung und Zersplitterung in die Reihen der revolutionären Arbeiter zu tragen versuchen. Es wird da gefordert, daß die KPD nicht den Mut hätte, die Unterzeichner der Solidaritätserklärungen für die Weyer-Richtung auszuschließen. Damit wird offen gezeigt, daß neue Ausschüsse propagiert werden sollen, um nachher um so lauter über den „Terror“ und die „Diktatur“ der Parteizentrale schreien zu können.

Freilich, die „Rote Fahne“ schrie nicht über den „Terror“ und die „Diktatur“ der Gewerkschaften, wenn diese einen gar zu unerschämten kommunistischen Propagateur ausschließen mußten, sondern über die „Gewerkschaftsspaltung“ der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Es ist nicht hübsch, den Weyer-Kommunisten vorzuwerfen, daß sie das, was sie aus der Praxis der KPD-Zentrale gelernt haben, nun auch gebrauchen. Weyer hält der Zentrale vor, daß er mit seinen Anhängern bei der letzten Reichstagswahl dafür gesorgt habe, daß die KPD nicht eine noch größere Schlappe erlitten hat. Die „Rote Fahne“ nimmt diese Behauptung mit „Heiterkeit“ auf und bemerkt:

„Es wäre Zeitverschwendung, auch nur ein Wort weiter darüber zu verlieren. Nur das eine wollen wir festhalten, daß in Breslau die Weyer- und Schumacher-Leute des dortigen selbständigen Bekleidungsarbeiterverbandes so „revolutionär“ waren, daß sie zu den Hirsch-Dunkern übertraten.“

Das ist immerhin noch besser, als wenn sie ins Lager der Indifferenten zurückgegangen wären, wie es so viele getan haben, nachdem sie in den Gewerkschaften eine „revolutionäre“ Gastrolle unter Führung der KPD gegeben haben. Brandeis und Thahheimer werden dafür verantwortlich gemacht, daß Weyer in seinem Flugblatt behauptet, die KPD-Anstalten hätten ihre Parteimitglieder monatelang an der Nase herumgeführt. Die Tatsache, daß die aus Rostow gekenteten „Instanzen“ überhaupt nichts anderes tun, als ihre Mitläufer an der Nase herumzuführen, wird doch dadurch nicht abgeschwächt, weil Kundige wie Weyer sie erhartet haben.

Es ist wiederum ungeschickt von der Zentrale, wenn sie die Weyer-Leute in die Gesellschaft des „Vorwärts“ und der ganzen reformistischen Clique verweist, die seit Jahr und Tag von der Gewerkschaftsspaltung lebe und die gewerkschaftliche Einheit mit allen Mitteln sabotiere, lediglich deshalb, weil in dem Weyer-Flugblatt auf „den angeblich großen Gegensatz zwischen Losovsky und Purcell“ in der Frage der gewerkschaftlichen Einheit hingewiesen werde. Dieser Gegensatz besteht tatsächlich, und zwar darin, daß Purcell die gewerkschaftliche Einheitsfront tatsächlich erstrebt, sich jedoch über die Absichten der Losovsky-Leute täuschen ließ, die die „Einheitsfront“ nur zur Bekämpfung der Gewerkschaften propagieren und eine kommunistische Partei- und Weltrevolutions-Einheitsfront erstreben, die russische Diktatur auch über die deutschen Gewerkschaften.

„Weil die KPD jetzt alle Kräfte konzentrieren muß, um den kapitalistisch-sozialdemokratischen Gegner zurückzuschleppen“ treibt sie den Weyer-Leuten ihre Flugblattaktion besonders dick an und will sie „als Verräter an der Revolution überall getrandmarkt“ wissen. Wer nicht so tanzt, wie die unerschütterlichen „ehelichen Proletarier“ der KPD-Zentrale pfeifen, der wird in Acht und Bann setzen. Konsequenter durchgeführt, ist das gut so. Die Unentwegten sind dann bald unter sich.

Lohnbewegung der Straßenbahner.

Das Personal der Straßenbahnbetriebsgesellschaft hat durch die beteiligten Organisationen eine Lohnhöhung für alle Gruppen von 10 Pfennigen pro Stunde beantragt. In den Verhandlungen, die gestern stattfanden, lehnte die Direktion zunächst jede Lohnhöhung ab, erklärte sich aber schließlich bereit, am nächsten Donnerstag nochmals zu verhandeln. Die Straßenbahner werden am Dienstag abend 7 Uhr in einer Versammlung in der Königsbank, Große Frankfurter Straße, zu dem ablehnenden Verhalten der Direktion Stellung nehmen.

Die „untüchtige“ Anlegerin.

Die Buchdruckereifirma Paul Funt hatte eine Anlegerin fristlos entlassen. Als sie beim Gewerbegericht klagte, gab der Vertreter der Firma als Entlassungsgrund an, die Klägerin habe sich zweimal unbefugt von der Arbeit entfernt. In der Verhandlung stellte sich aber heraus, daß von einem unbefugten Verlassen der Arbeit gar keine Rede sein kann, denn es handelte sich lediglich darum, daß die Klägerin eines Abends, wo Überstunden gemacht wurden, einem Seher und dann einer Arbeiterin, deren Arbeitszeit beendet war, das verschlossene Fabriktor geöffnet hatte, was nicht ohne Wissen des Abteilungsleiters, der den Schlüssel in Verwahrung hatte, geschehen sein konnte. — Uebrigens hatte die Klägerin das Tor geöffnet während einer kurzen Pause, die dadurch entstanden war, daß der Maschinenmeister etwas an der Maschine zu ändern hatte.

Als nun der Vertreter der Firma sah, daß er mit dem angegebenen Entlassungsgrund nicht durchkam, behauptete er, die Klägerin habe auch deshalb nicht weiterbeschäftigt werden können, weil sie in der Arbeit unzuverlässig gewesen sei. Vom Gericht wurde ihm bedeutet, das sei wohl ein Grund zur Kündigung, aber nicht zur fristlosen Entlassung, und da die Klägerin bereits zwei Monate als Anlegerin bei der Firma beschäftigt war, müsse sie doch wohl befriedigende Arbeit geleistet haben. Schließlich stellte sich heraus, daß an dem betreffenden Tage an der von der Klägerin bedienten Maschine viel Makulatur entstanden war und dafür sollte die Klägerin büßen. Der beklagten Firma wurde sowohl von Arbeitnehmer, wie von Arbeitgeberseite bedeutet, daß die Anlegerin nicht für die Makulatur verantwortlich gemacht werden könne, denn es sei nicht ihre, sondern des Maschinenmeisters Aufgabe, sich darum zu kümmern, daß die Maschine tadellose Arbeit liefere. Aus dem Gericht vorgelegten Fehldrucken ging dann auch hervor, daß die Anlegerin kein Versehen begangen hatte, sondern daß es sich um Rängel handelte, die der Maschinenmeister hätte abstellen müssen, die er aber nicht rechtzeitig entdeckt hatte, weil er zwei Maschinen bedienen mußte. Die Firma scheint also von der Anlegerin zu verlangen, daß sie auch einen Maschinenmeister zeitweise zu vertreten imstande ist.

Da die Firma unter diesen Umständen eine Beurteilung sicher zu erwarten hatte, zog sie es vor, den Anspruch der Klägerin auf Bezahlung der Kündigungszeit anzuerkennen.

Revidierter Beschluß.

Die „selbständigen Verbände“ bleiben bestehen.

Die KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Abt. Gewerkschaften, legt den Beschluß, daß ab 1. Februar die Mitglieder der KPD den freien Gewerkschaften angehören müssen, wie folgt aus: 1. Ab 1. Februar können der (kommunistischen) Partei nur noch angehören:

- a) solche Genossen, die in ihrer zuständigen freien Gewerkschaft organisiert sind;
- b) solche Genossen, die gegenwärtig in nachfolgenden selbständigen Verbänden organisiert sind:
 - Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter;
 - Bekleidungsarbeiterverband, Opposition, St. Berlin;
 - Buchbinderverband, Opposition;
 - Freier Eisenbahnerverband;
 - Union der Hand- und Kopfarbeiter, Industrie-Gruppe Metall, Reichstr. 15;
 - Verband der Land- und Heidarbeiter Deutschlands.

2. Alle Parteigenossen, die jetzt noch gewerkschaftlich unorganisiert sind, haben sich in ihrer zuständigen freien Gewerkschaft zu organisieren. Ein Beitritt zu den selbständigen Verbänden kommt nicht in Frage.

Organisiert wird also lediglich die Weyer-Union („Deutscher Industrieverband“), deren Mitglieder, soweit sie Metallarbeiter sind, zur Union in der Reichsstraße überzutreten haben. Man will die übrigen „selbständigen Verbände“ also ermittelten weiterbestehen, sie jedoch allmählich auflösen lassen. Sie sind der KPD zu groß geworden, um alle ihre Mitglieder auszuschießen.

Für die Gewerkschaften kann es nur von Vorteil sein, wenn sie mit dem Zuwachs aus diesen freien Verbänden verschont bleiben.

Die russische Dementierspritze.

In Nr. 11 des „Vorwärts“ brachten wir einen Drahtbericht aus Moskau, wonach im Dongebiet ein Streit in der Metallindustrie und in den Kohlengruben bestehe. Die Russische Telegraphen-Agentur läßt nunmehr durch T.S.B. folgendes verbreiten:

„Die Meldungen eines Berliner Blattes über den angeblichen Streit der Arbeiter in den Kohlen- und Metallunternehmen im Dongebiet sind glatt erfunden. Im Dongebiet ist überhaupt nicht gestreift worden, da die dortige industrielle und wirtschaftliche Lage und die Stimmung der Arbeiter jede Möglichkeit eines Streiks ausschließen.“

Unsere weitere Mitteilung, daß von der russischen Regierung ein Getreideausfuhrverbot gefordert ist, so lange, bis die Hungergebiete völlig versorgt sind, wird nicht bestritten.

Wirtschaft

Weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Die auf den Sonntag des 7. Januar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 30. Dezember (1924) um 1,6 v. H. auf 138,4 gestiegen. Höher lagen vor allem die Preise für Roggen, Weizen, Gerste, Kartoffeln, Rindfleisch, Hopfen, Kaffee, Baumwollgarn, Leinwand, Hanf und die meisten Rindfleischmetalle, gesunken die Preise für Hafer, Butter, Schmalz, Zucker, Schweinefleisch, Milch, Dänen- und Rüböl, Kalbfelle, Baumwolle und Jute.

Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 131,3 auf 134,5 oder um 2,4 v. H. und die Industriestoffe von 129,9 auf 140,2 oder um 8,2 v. H.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoch, den 7. Januar, hat sich gegenüber der Vormoche um 0,7 v. H. auf 126,8 erhöht.

Um die bergbaulichen Selbstkosten.

Von Arbeitnehmerseite ist beim Reichskohlenrat die Aufstellung einer Untersuchung über die Preisleistungen der Ruhrkohle beantragt worden. Die seit längerer Zeit an hervorragender Stelle der öffentlichen Diskussion stehende Frage der Zusammenlegung des Ruhrkohlepreises bedarf einer einwandfreien Klärung. An einer solchen sind die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber gleichermaßen interessiert. Bisher ist seitens des Reichskohlenrats nur eine Untersuchung über die Zusammenlegung der Vorkriegskohlepreise veröffentlicht worden; für die Gegenwart sind die Vorkriegspreise wie auch die Preisentwicklung auf gelegentliche, nichtprobenartige Berechnungen einzelner Werke, hypothetische Durchschnittsberechnungen und unvollständige Anzüge aus amtlichen Selbstkostenprüfungsberichten angewiesen. Es ist daher notwendig, dem entstandenen Streit über die Zuverlässigkeit der mitgeteilten Zahlen durch eine leidenschaftliche Untersuchung durch das oberste Organ der deutschen Kohlewirtschaft die Spitze abzubrechen.

Die Reichsbahngesellschaft. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft, Deier, machte der Presse Mitteilungen über die Lage und über die Absichten der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er verwies mit aller Schärfe darauf, daß die Deutsche Reichsbahn eine Gesellschaft sei, die dem deutschen Volk gehöre und in diesem Sinne mit dem Deutschen Reich identisch sei. Er legte dann die Vorschläge im Tarifwesen dar, die inzwischen vorgenommen worden sind. Im allgemeinen ist die Reichsbahngesellschaft in der Befähigung ihrer Tarife freier geworden. In den Ausbesserungswertigkeiten sei die wissenschaftliche Betriebsführung mit großem Erfolg einwirkend worden. Die nächsten Aufgaben seien Ausbesserung und Erneuerung von Oberbau und Verbesserung des Vertriebsmaterial, sowie Beschleunigung der Durchlaufzeit der Güterzüge.

Goldbilanzen auch in Ungarn. Auch Ungarn ist dem Vorgang Deutschlands und Österreichs gefolgt und stellt die Rechnung und Bilanzierung seiner öffentlichen und privaten Wirtschaft auf die Goldgrundlage um. Eine ungarische Goldkrone wird 1/10 Dollar gleichgesetzt. Ungarn hat also die alte Kronenwährung wiederhergestellt, im Gegensatz zu Österreich, das die Schillingwährung wählte. Auch Polen hat die Absicht, ein Goldbilanzierungsgesetz zu erlassen. Bei der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien scheint die Goldbilanzierung zwar nicht so dringlich, weil sie ihre alten Währungen auf einem bedeutend höheren Stande stabilisiert und beibehalten haben; aber die einfache Fortschreibung der alten Bilanzfiguren aus der Goldwährungszeit und ihre Bemessung mit den heutigen Papierwährungsziffern wird sie doch eines Tages zum Erlaß eines Goldbilanzierungsgesetzes zwingen. Dasselbe gilt für Italien, Frankreich, Belgien und die übrigen Länder mit einer Währung, die zwar relativ stabil, aber vom Paritätswert weit entfernt ist und mit einer Zurückführung auf den Goldstatus nicht rechnen kann. Auch für diese Länder wird sich zeigen, daß die dauernde Klarheit und Wahrheit der Unternehmensrechnungen und Bilanzen durchaus keine ausschließlich privatwirtschaftliche Forderung, sondern auch eine eminent volkswirtschaftliche Forderung ist.

Personenliste: Dr. Wolff; Graf Reuter; Wirtschaftl. B.; J. Steiner; Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Realisation; A. S. Fischer; Volkes- und Genossen; Reichs-Karlsruhe; Anzeiger; B. Glöck; Simlich in Berlin; Berlin; Vorwärts-Berlin; G. m. b. H. Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Dankagung.
Für die vielen Beweise inniger Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes lasse ich allen Verwandten und Bekannten, den Mitarbeitern der „Vorwärts“-Druckerei sowie dem Redner des Vereines der Freiberger meinen tiefgefühltesten Dank.
Wwe. Helene Bauer.

Der gute Kapitän-Kautabak
in der besten Verpackung erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher, Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen, Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Kredit!
Damenkleider, Strickwesten, Gardinen, Damenhüte, Pelzkragen, Damenwäsche, sowie Steppdecken, Bett-, Tisch- und Herrenwäsche
Kleine An- und Abzahlungen
Sofortige Mitgabe der Ware
Skaltzer Putzsalon
Skaltzer Straße 2


Großer Inventur-Verkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

3 Posten Winter-Mäntel in Flanell- u. Fanysoffen	6 ⁹⁰ 9 ⁷⁵ 13 ⁵⁰
3 Posten Sommer-Mäntel in Cover- u. Coat-Imit.	12 ⁵⁰ 13 ⁷⁵ 19 ⁷⁵
3 Posten Kleider in Cheviot, reine Wolle, mit langen Ärm.	8 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵
3 Posten Jumpers knauioid, Trikot, auch gemalt und gestickt.	5 ⁹⁵ 9 ⁷⁵ 11 ⁵⁰
3 Posten Kost.-Röcke in glatten u. gemasterten Stoffen	1 ⁹⁵ 3 ⁷⁵ 5 ⁷⁵
3 Posten Blusen in sportell., Hemdforn, in vielen Dessins	2 ²⁵ 2 ⁹⁵ 3 ⁹⁵

Einz. bessere Stücke in Mänteln, Kostümen u. Kleidern ganz besonders herabgesetzt!

Große Auswahl in Tanz- u. Gesellschaftskleidern

Damen-Konfektion
Elegant
Inh. Hermann Perl
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 46



Wahl dem, der an 75 Jahren seines Lebens nichts zu revidieren hat!

Die Bücher Eduard Bernstein's:

Wie eine Revolution zugrunde ging	0,45 Mark
Lassalle und der Sozialismus	0,75 Mark
Voraussetzungen des Sozialismus	2,00 Mark
Sozialismus und Demokratie	3,00 Mark
Wirtschaftswesen und Wirtschaftswesen	0,50 Mark
Der Sozialismus einst und jetzt	2,00 Mark
Ferdinand Lassalle	10,00 Mark
Berliner Arbeiterbewegung 1890-1905	7,00 Mark

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 2, Abtlg. Sortiment

Hosen-Anders
Reusselstraße 25

Inferieren bringt ERFOG!

Altes Spezialgeschäft in
Kamelhaar-Schul-Kleidern
Erstklassigen St. Lumpen
Stries in billigst Lager.
Gebrüder Pflaume
Berlin SW, Friedr. 205
Ed. Rimmw. 2.